

Das böse Erwachen im Alter

Geld Wer vor 2004 eine Direktversicherung abgeschlossen hat, muss plötzlich ein Fünftel abführen. Das sorgt für Protest

VON JOHANN STOLL

Mindelheim Frühzeitig an eine gute Absicherung fürs Alter denken, dazu rät die Politik Arbeitnehmern seit vielen Jahren. Weil die gesetzliche Rente für viele absehbar nicht mehr ausreichen wird, kommt es auf private Vorsorge an. Werner Bürgel aus Mindelheim hat das beherzigt. Und fühlt sich nun betrogen.

Bürgel war bis zu seinem Ruhestand Arbeitnehmer, zuletzt mehrere Jahre in leitender Stellung. 1991 hat er über seinen Arbeitgeber eine Direktversicherung abgeschlossen. 25 Jahre später sollte er laut Vertrag 60.000 Euro ausbezahlt bekommen. Das war 2016. Dann meldete sich seine gesetzliche Krankenkasse und wies auf eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2004 hin, die im Zuge der Gesundheitsreform erlassen wurde.

Damals hatte der Bundestag beschlossen, dass rund ein Fünftel des ausgezahlten Kapitals an die Krankenkassen abzuführen sind. Im Fall von Werner Bürgel sind das 12.000 Euro, die in monatlichen Raten von rund 100 Euro zehn Jahre lang eingekassiert werden. Alle, die solche Direktversicherungen vor dem Jahr 2004 abgeschlossen haben, trifft es besonders hart.

Die gesetzlichen Krankenkassen fordern von ihnen den vollen Beitragssatz, also den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil plus Zusatz- und Pflegebeitrag. Dabei spielt es keine Rolle, ob das angesparte Kapital mit einem Mal ausbezahlt wird oder als monatliche Rente. Und es ist unerheblich, dass Arbeitnehmer wie Werner Bürgel bereits Sozialabgaben bezahlt haben.

Aus Sicht der Betroffenen ist das ein großes Ärgernis und eine eben- solche Ungerechtigkeit. Und es kommt noch etwas dazu: Wer privat krankenversichert ist, muss diese zusätzliche Abgabe nicht bezahlen. 2015 hat sich ein bundesweiter Verein von Opfern dieser Gesetzesänderung gegründet: „Direktversicherungsgeschädigte“ (DVG). Seinen Angaben zufolge sind es 6,3 Millionen Versicherungspolice, die vor 2004 abgeschlossen wurden und die unter diese besondere Härte fallen. Allein in Mindelheim dürften es Hunderte sein, schätzt Bürgel. Zahlen darüber liegen keine vor. Er wundert sich nur, dass sich offenbar in Schwaben und im Unterallgäu kein Widerstand formiert. In anderen Regionen sei das ganz anders.

Was den 63-Jährigen so ärgert, ist, dass er von einer nachträglichen Gesetzesänderung betroffen ist. Wenn von vornherein klar ist, dass Sozialabgaben erhoben werden, kann sich jeder entscheiden, ob er einen solchen Vertrag unterschreibt oder nicht. Bürgel nahm 2017 an einer Demonstration am Münchner Marienplatz teil. Damals hatte sich Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger als Hauptredner vor die 150 Protestierenden gestellt und sich für ihre Sache stark gemacht. Bewirkt hat das nichts. Gespräche mit Unionspolitikern – auch aus der Region – waren ebenfalls ergebnislos geblieben.

Protest Am Samstag, 26. Oktober, kommt es bundesweit zu Protestkundgebungen der Direktversicherungsgeschädigten, unter anderem in München-Pasing am Bahnhof. Sie beginnt um 10 Uhr. Werner Bürgel wird dabei sein.